

Landeshauptstadt Magdeburg

Stellungnahme der Verwaltung

öffentlich

Stadtamt	Stellungnahme-Nr.	Datum
Team 5	S0201/06	04.10.2006

zum/zur

A0159/06

Bezeichnung

Weitere Unterstützung um den Erhalt des Schiffshebewerks Rothensee

Verteiler

Tag

Der Oberbürgermeister

10.10.2006

Ausschuss für Regionalentwicklung, Wirtschaftsförderung
und kommunale Beschäftigungspolitik

26.10.2006

Stadtrat

09.11.2006

Ziel des Antrages ist es, seitens der Landeshauptstadt die Maßnahmen und Aktionen zum Erhalt und Weiterbetrieb des Schiffshebewerkes zu unterstützen und dabei die Region einzubeziehen.

Mit der DS0399/06 gibt die Verwaltung einen aktuellen Überblick zum Stand dieser Bemühungen. Im Mittelpunkt steht dabei ein Nutzungskonzept für den Weiterbetrieb des Schiffshebewerkes. Diesem Konzept liegen die bisherigen Ergebnisse der eingesetzten Arbeitsgruppe und insbesondere eine Initiative des Fördervereines „Technische Denkmale in Sachsen-Anhalt“ e.V zugrunde. Die dem Stadtrat zur Entscheidung vorgelegten Eckpunkte des Nutzungskonzeptes bilden den Rahmen für die weiteren Verhandlungen der Landeshauptstadt mit dem Bundesverkehrsministeriums.

Im Gegensatz zu den bisherigen Vorstellungen des Bundes sieht der Vorschlag der Landeshauptstadt vor, dass der Bund weiterhin sowohl Eigentümer als auch Betreiber der Anlage bleibt. Ob der Bundesverkehrsminister seine bisherige Haltung in dieser Frage ändert, bleibt abzuwarten. Seine Bereitschaft dazu ist aber notwendig, bevor ein weiterer Baustein des Nutzungskonzeptes, nämlich die Übernahme der im saisonalen Betrieb anfallenden Kosten, konkretisiert werden kann. Die Eckpunkte des Nutzungskonzeptes sehen vor, dass die Kosten in Höhe von monatlich ca. 59 T€ dem Bund erstattet werden und der Förderverein „Technische Denkmale in Sachsen-Anhalt“ e.V. die zu diesem Zweck bereitgestellten finanziellen Unterstützungen Dritter bündelt.

Erst wenn sich der Bund in der für die Zukunft des Schiffshebewerkes entscheidenden Eigentümer- / Betreiberfrage bewegt, ist für weitergehende Kontakte und Diskussionen mit den im Antrag genannten Gebietskörperschaften des Umlandes hinsichtlich einer finanziellen Beteiligung an den Betreiberkosten eine Basis vorhanden. Insofern stehen derzeit eher die Verhandlungen mit dem Bund im Mittelpunkt der Bemühungen als andere Aktionsfelder.

Dr. Puchta